

Bleiberecht für Flüchtlinge verlängern

Bündnis von Diözesanrat, Caritas und Verbänden: Regelung muss über 2009 Bestand haben

Hildesheim (kiz). Der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Hildesheim sowie katholische Verbände fordern eine Verlängerung der gesetzlichen Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge und die angemessene Berücksichtigung humanitärer Gesichtspunkte. Dieser Forderung schließt sich auch der Landeskatholikenausschuss in Niedersachsen an.

Vor gut zwei Jahren hatte die Bundesregierung langjährig geduldeten Flüchtlingen, die nicht politisches Asyl erhalten hatten, ein Bleiberecht eingeräumt – allerdings befristet bis zum 31. Dezember 2009. Voraussetzung einer Verlängerung: Sie müssen selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen. „Diese gesetzlich vorgesehene Frist ist zu kurz bemessen“, sagt Dr. Hans-Jürgen Marcus, Diözesan-Caritasdirek-

tor. Die Flüchtlinge hatten viele Jahre keinen Zugang zum Arbeitsmarkt: „Wie sollen sie da so schnell Arbeit finden?“ Die Folge: ständige Unsicherheit über den Verbleib in Deutschland. „Die-se Regelung ist mit der Verpflichtung des Staates, die Würde eines Menschen zu achten, nicht vereinbar“, unterstreicht Elisabeth Eicke, Vorsitzende des Diözesanrates.

Staatliche Hürden sind zu hoch

In Zeiten der Wirtschaftskrise sei es für die Betroffenen aussichtslos, ihren Lebensunterhalt völlig unabhängig von staatlicher Unterstützung zu verdienen. „Diese Forderung ist für viele zu hoch, besonders für kinderreiche Familien und Alleinerziehende“, so Rupert Butterbrodt, Vorsit-

zender vom Familienbund der Katholiken, und Ursula Mandrella, Diözesanvorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands. Wenn der Erfolg auf dem Arbeitsmarkt zum alleinigen Maßstab gelungener Integration erklärt würde, bliebe die Humanität auf der Strecke.

„Wir benötigen dringend Ausnahmeregelungen für Flüchtlinge, die unverschuldet ihren Lebensunterhalt nicht vollständig allein erwirtschaften können“, fordert Andreas Bulitta von Kolping. Es sei menschenverachtend, die Forderung der Unabhängigkeit von staatlicher Hilfe kranken oder pflegebedürftigen alten Menschen entgegenzuhalten.

Aktuelle Erhebungen der Caritas im Bistum Hildesheim belegen, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund überproportio-

nal hoch ehrenamtlich tätig sind. „Ausländer und Asylbewerber bringen sich unentgeltlich ein. Sie sind sozial engagiert. Das gehört anerkannt“, so Gabriele Volkmer, Vorsitzende der Caritas Konferenzen in der Diözese Hildesheim. Teresa Schubert vom BDJ weist auf die Situation der langjährig geduldeten Kinder und Jugendlichen hin. Für sie sei Deutschland zur Heimat geworden und sie hätten kaum Bezug zur Heimat ihrer Eltern. Es sei unverantwortlich, sie aus ihren Lebensbezügen herauszureißen.

„Es ist nicht vertretbar, dass die Bundesregelungen von den Ländern sehr unterschiedlich ausgelegt werden. Hier muss sich Niedersachsen für eine großzügigere Anwendung entscheiden“, fordert auch Wolfgang Jainta, Vorsitzender des Verbandes Katholischer Männergemeinschaften.